

Prova A44

Scienze e tecnologie tessili, dell'abbigliamento e della moda

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Elencare, con la metodologia didattica della mappa concettuale, le fasi che costituiscono la filiera del tessile – abbigliamento, in termini di processo produttivo, macchinari e semilavorati.

Quesito 2 - Utilizzando la metodologia didattica dell'analisi di caso, esaminare i controlli di qualità che vengono effettuati sui tessuti per abbigliamento.

Quesito 3 - Descrivere l'approccio metodologico da seguire per analizzare le differenze sostanziali tra tessuti prodotti con telai a licci e con telai Jacquard in termini di progettazione, produzione e utilizzo.

Quesito 4 - Spiegare il processo di pianificazione di una nuova collezione indicando tutti i passaggi necessari, la tempistica e le professionalità coinvolte, attraverso una mappa concettuale.

Quesito 5 - Definire i criteri di valutazione per prove relative alle lavorazioni presenti nella confezione di un capospalla.

Quesito 6 - Definire le buone prassi metodologiche e didattiche applicabili nel percorso scolastico al fine di integrare i principi di parità sanciti dalla normativa europea antidiscriminatoria.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Sich beteiligen - aber wie ?

Nach Ansicht der Jugendlichen sind die bestehenden Mechanismen zur Beteiligung ungenügend. Sie misstrauen bestimmten Formen der repräsentativen Demokratie; diese Vorbehalte sind jedoch weit geringer, wenn es sich um direktes, lokales Engagement in der Wohnumgebung handelt. Ihre Meinung über die Jugendorganisationen ist geteilt, einige sind der Ansicht, dies seien die geeignetsten Strukturen, um sich zu beteiligen, während andere sie wenig attraktiv finden. Letztere bevorzugen mehr oder weniger formale, auf lokaler Ebene aktive Gruppen, Jugendvereine oder -clubs, Jugendparlamente usw. Nur wenige denken jedoch, die geringe Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben sei auf eine grundsätzliche Ablehnung zurückzuführen oder stelle den erklärten Willen der Gesellschaft dar.

Verschiedene Organisationen fördern die direkte Beteiligung der Jugendlichen und halten sich daher für ein nützliches Gegengewicht zu den Institutionen. Der Ansicht mancher Jugendlicher zufolge ist Organisiertheit eine der Voraussetzungen für Partizipation. Andere finden, dass die bestehenden Organisationen den Erwartungen eines Teils der Jugendlichen nicht mehr entsprechen und plädieren für neue Ansätze mit größerer Offenheit. Wie auch die Jugendlichen selbst wünschen auch die im Jugendbereich tätigen Organisationen eine bessere Unterstützung der „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NRO) durch die öffentliche Hand, die der von ihnen empfundenen sozialen Funktion entspricht.

Auch die Forscher betonten die Notwendigkeit einer Revitalisierung der Organisationen und Verbände. Angesichts ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und ihrer Praktiken bestehe die Gefahr, dass sie den

Bedürfnissen der Jugendlichen immer weniger entsprechen. Sie müssten Mittel und Wege finden, um außer ihren angestammten Anhängern auch Jugendliche anzusprechen, die keiner Organisation angehören wollen. Die modernen Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, eröffnen hier neue Möglichkeiten. [...] Die Jugendlichen lehnen rein symbolische Formen der Partizipation ab. Die für dieses Weißbuch durchgeführte Konsultation hingegen ist eine gute Methode der Beteiligung, vorausgesetzt, die von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Empfehlungen werden auch tatsächlich berücksichtigt.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 29 (2001)

Gemäß den AutorInnen des Weißbuchs lässt sich die geringe Beteiligung vieler Jugendlichen am öffentlichen Leben ...

- a) ... prinzipiell auf eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Systeme zurückführen.
- b) ... überhaupt nicht auf eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Systeme zurückführen.
- c) ... in den meisten Fällen auf eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Systeme zurückführen.
- d) ... nur in seltenen Fällen auf eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Systeme zurückführen.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Sich beteiligen - aber wie ?

Nach Ansicht der Jugendlichen sind die bestehenden Mechanismen zur Beteiligung ungenügend. Sie misstrauen bestimmten Formen der repräsentativen Demokratie; diese Vorbehalte sind jedoch weit geringer, wenn es sich um direktes, lokales Engagement in der Wohnumgebung handelt. Ihre Meinung über die Jugendorganisationen ist geteilt, einige sind der Ansicht, dies seien die geeignetsten Strukturen, um sich zu beteiligen, während andere sie wenig attraktiv finden. Letztere bevorzugen mehr oder weniger formale, auf lokaler Ebene aktive Gruppen, Jugendvereine oder -clubs, Jugendparlamente usw. Nur wenige denken jedoch, die geringe Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben sei auf eine grundsätzliche Ablehnung zurückzuführen oder stelle den erklärten Willen der Gesellschaft dar.

Verschiedene Organisationen fördern die direkte Beteiligung der Jugendlichen und halten sich daher für ein nützliches Gegengewicht zu den Institutionen. Der Ansicht mancher Jugendlicher zufolge ist Organisiertsein eine der Voraussetzungen für Partizipation. Andere finden, dass die bestehenden Organisationen den Erwartungen eines Teils der Jugendlichen nicht mehr entsprechen und plädieren für neue Ansätze mit größerer Offenheit. Wie auch die Jugendlichen selbst wünschen auch die im Jugendbereich tätigen Organisationen eine bessere Unterstützung der „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NRO) durch die öffentliche Hand, die der von ihnen empfundenen sozialen Funktion entspricht.

Auch die Forscher betonten die Notwendigkeit einer Revitalisierung der Organisationen und Verbände. Angesichts ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und ihrer Praktiken bestehe die Gefahr, dass sie den Bedürfnissen der Jugendlichen immer weniger entsprechen. Sie müssten Mittel und Wege finden, um außer ihren angestammten Anhängern auch Jugendliche anzusprechen, die keiner Organisation angehören wollen. Die modernen Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, eröffnen hier neue Möglichkeiten. [...] Die Jugendlichen lehnen rein symbolische Formen der Partizipation ab. Die für dieses Weißbuch durchgeführte Konsultation hingegen ist eine gute Methode der Beteiligung, vorausgesetzt, die von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Empfehlungen werden auch tatsächlich berücksichtigt.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 29 (2001)

In der Diskussion der Frage, wie sich Jugendliche am politischen Leben beteiligen können, beziehen sich die AutorInnen des Weißbuchs darauf, dass ...

- a) ... Formen der repräsentativen Demokratie vielen Jugendlichen suspekt erscheinen.
- b) ... sich die Jugendlichen eine direkte Demokratie wünschen.
- c) ... die Jugendlichen die repräsentative Demokratie eigentlich gutheißen.
- d) ... sich die Jugendlichen in der Demokratie nicht repräsentiert fühlen.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Sich beteiligen - aber wie ?

Nach Ansicht der Jugendlichen sind die bestehenden Mechanismen zur Beteiligung ungenügend. Sie misstrauen bestimmten Formen der repräsentativen Demokratie; diese Vorbehalte sind jedoch weit geringer, wenn es sich um direktes, lokales Engagement in der Wohnumgebung handelt. Ihre Meinung über die Jugendorganisationen ist geteilt, einige sind der Ansicht, dies seien die geeignetsten Strukturen, um sich zu beteiligen, während andere sie wenig attraktiv finden. Letztere bevorzugen mehr oder weniger formale, auf lokaler Ebene aktive Gruppen, Jugendvereine oder -clubs, Jugendparlamente usw. Nur wenige denken jedoch, die geringe Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben sei auf eine grundsätzliche Ablehnung zurückzuführen oder stelle den erklärten Willen der Gesellschaft dar.

Verschiedene Organisationen fördern die direkte Beteiligung der Jugendlichen und halten sich daher für ein nützliches Gegengewicht zu den Institutionen. Der Ansicht mancher Jugendlicher zufolge ist Organisiertsein eine der Voraussetzungen für Partizipation. Andere finden, dass die bestehenden Organisationen den Erwartungen eines Teils der Jugendlichen nicht mehr entsprechen und plädieren für neue Ansätze mit größerer Offenheit. Wie auch die Jugendlichen selbst wünschen auch die im Jugendbereich tätigen Organisationen eine bessere Unterstützung der „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NRO) durch die öffentliche Hand, die der von ihnen empfundenen sozialen Funktion entspricht.

Auch die Forscher betonten die Notwendigkeit einer Revitalisierung der Organisationen und Verbände. Angesichts ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und ihrer Praktiken bestehe die Gefahr, dass sie den Bedürfnissen der Jugendlichen immer weniger entsprechen. Sie müssten Mittel und Wege finden, um außer ihren angestammten Anhängern auch Jugendliche anzusprechen, die keiner Organisation angehören wollen. Die modernen Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, eröffnen hier neue Möglichkeiten. [...] Die Jugendlichen lehnen rein symbolische Formen der Partizipation ab. Die für dieses Weißbuch durchgeführte Konsultation hingegen ist eine gute Methode der Beteiligung, vorausgesetzt, die von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Empfehlungen werden auch tatsächlich berücksichtigt.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 29 (2001)

Die AutorInnen beschäftigen sich auch mit der Frage, ...

- a) ... ob Jugendliche in Sportvereinen tätig sind.
- b) ... ob Jugendliche sich vorwiegend auf ihre Ausbildung konzentrieren.
- c) ... ob sich Jugendliche für eine aktive Mitarbeit in organisierten Gruppen interessieren.
- d) ... ob Jugendliche neue Familienmodelle testen.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage

des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Sich beteiligen - aber wie ?

Nach Ansicht der Jugendlichen sind die bestehenden Mechanismen zur Beteiligung ungenügend. Sie misstrauen bestimmten Formen der repräsentativen Demokratie; diese Vorbehalte sind jedoch weit geringer, wenn es sich um direktes, lokales Engagement in der Wohnumgebung handelt. Ihre Meinung über die Jugendorganisationen ist geteilt, einige sind der Ansicht, dies seien die geeignetsten Strukturen, um sich zu beteiligen, während andere sie wenig attraktiv finden. Letztere bevorzugen mehr oder weniger formale, auf lokaler Ebene aktive Gruppen, Jugendvereine oder -clubs, Jugendparlamente usw. Nur wenige denken jedoch, die geringe Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben sei auf eine grundsätzliche Ablehnung zurückzuführen oder stelle den erklärten Willen der Gesellschaft dar.

Verschiedene Organisationen fördern die direkte Beteiligung der Jugendlichen und halten sich daher für ein nützliches Gegengewicht zu den Institutionen. Der Ansicht mancher Jugendlicher zufolge ist Organisiertsein eine der Voraussetzungen für Partizipation. Andere finden, dass die bestehenden Organisationen den Erwartungen eines Teils der Jugendlichen nicht mehr entsprechen und plädieren für neue Ansätze mit größerer Offenheit. Wie auch die Jugendlichen selbst wünschen auch die im Jugendbereich tätigen Organisationen eine bessere Unterstützung der „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NRO) durch die öffentliche Hand, die der von ihnen empfundenen sozialen Funktion entspricht.

Auch die Forscher betonten die Notwendigkeit einer Revitalisierung der Organisationen und Verbände. Angesichts ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und ihrer Praktiken bestehe die Gefahr, dass sie den Bedürfnissen der Jugendlichen immer weniger entsprechen. Sie müssten Mittel und Wege finden, um außer ihren angestammten Anhängern auch Jugendliche anzusprechen, die keiner Organisation angehören wollen. Die modernen Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, eröffnen hier neue Möglichkeiten. [...] Die Jugendlichen lehnen rein symbolische Formen der Partizipation ab. Die für dieses Weißbuch durchgeführte Konsultation hingegen ist eine gute Methode der Beteiligung, vorausgesetzt, die von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Empfehlungen werden auch tatsächlich berücksichtigt.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 29 (2001)

Welche Rolle sollen die Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) in der Jugendpolitik spielen?

- a) Die NRO brauchen keine finanzielle Unterstützung durch den Staat.
- b) Die NRO sollen durch die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker aktiv unterstützt werden.
- c) Das soziale Engagement der NRO soll strikt von der Politik getrennt bleiben.
- d) Für die Jugendlichen sind die NRO keine Alternative zu politischem Engagement.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Sich beteiligen - aber wie ?

Nach Ansicht der Jugendlichen sind die bestehenden Mechanismen zur Beteiligung ungenügend. Sie misstrauen bestimmten Formen der repräsentativen Demokratie; diese Vorbehalte sind jedoch weit geringer, wenn es sich um direktes, lokales Engagement in der Wohnumgebung handelt. Ihre Meinung über die Jugendorganisationen ist geteilt, einige sind der Ansicht, dies seien die geeignetsten Strukturen, um sich zu beteiligen, während andere sie wenig attraktiv finden. Letztere bevorzugen mehr oder weniger formale, auf lokaler Ebene aktive Gruppen, Jugendvereine oder -clubs, Jugendparlamente usw. Nur wenige denken jedoch, die geringe Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben sei auf eine grundsätzliche Ablehnung zurückzuführen oder stelle den erklärten Willen der Gesellschaft dar.

Verschiedene Organisationen fördern die direkte Beteiligung der Jugendlichen und halten sich daher für ein

nützliches Gegengewicht zu den Institutionen. Der Ansicht mancher Jugendlicher zufolge ist Organisiertsein eine der Voraussetzungen für Partizipation. Andere finden, dass die bestehenden Organisationen den Erwartungen eines Teils der Jugendlichen nicht mehr entsprechen und plädieren für neue Ansätze mit größerer Offenheit. Wie auch die Jugendlichen selbst wünschen auch die im Jugendbereich tätigen Organisationen eine bessere Unterstützung der „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NRO) durch die öffentliche Hand, die der von ihnen empfundenen sozialen Funktion entspricht.

Auch die Forscher betonten die Notwendigkeit einer Revitalisierung der Organisationen und Verbände. Angesichts ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und ihrer Praktiken bestehe die Gefahr, dass sie den Bedürfnissen der Jugendlichen immer weniger entsprechen. Sie müssten Mittel und Wege finden, um außer ihren angestammten Anhängern auch Jugendliche anzusprechen, die keiner Organisation angehören wollen. Die modernen Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, eröffnen hier neue Möglichkeiten. [...] Die Jugendlichen lehnen rein symbolische Formen der Partizipation ab. Die für dieses Weißbuch durchgeführte Konsultation hingegen ist eine gute Methode der Beteiligung, vorausgesetzt, die von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Empfehlungen werden auch tatsächlich berücksichtigt.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 29 (2001)

Welche Bedeutung haben symbolische Formen der Partizipation für das staatsbürgerschaftliche Engagement der Jugendlichen?

- a) Junge Menschen halten nichts von symbolischen Formen der Teilhabe am politischen Leben.
- b) Junge Menschen bevorzugen symbolisches Handeln.
- c) Für junge Menschen sind symbolische Gesten sehr wichtig.
- d) Junge Menschen möchten sich erst, wenn sie im Berufsleben stehen, für die Politik interessieren.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben

Diese Beteiligung erfolgt in zwei Formen: in einer formaleren im Rahmen der Mechanismen der repräsentativen Demokratie und in einer weniger formalen, bei der versucht wird, neue Formen der Partizipation zu entwickeln. Nur wenn man beide Dimensionen im Auge behält, wird man das soziale Kapital, das die Jugend darstellt, richtig zur Geltung bringen können.

Die vorgeschlagenen Vorgehensweisen beruhen auf folgenden Grundsätzen:

- Die lokale Ebene ist äußerst wichtig;*
- die Einbeziehung darf sich nicht nur auf organisierte Jugendliche und jugendspezifische Themen beschränken;*
- die Schule ist nach wie vor einer der wichtigsten Orte, an denen Partizipation praktiziert wird, auch wenn die Bedeutung der nicht formalen, außerschulischen Bildung und des nicht formalen Lernens anerkannt wird;*
- die Einbeziehung der Jugendlichen darf nicht nur darin bestehen, ihre Meinung zu erkunden.*

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Die lokalen Behörden sollten flächendeckend in ganz Europa in den verschiedensten Bereichen (Schulen, Sportclubs, Vereine usw.) flexible, innovative Partizipationsmechanismen einführen, die für von den Jugendlichen selbst entwickelte Methoden Platz lassen und sich auf Kontaktpersonen stützen.*
- Darüber hinaus könnten Mechanismen für einen Dialog zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen vorgesehen werden, dessen Modalitäten den lokalen Gegebenheiten entsprechend gewählt werden und Netze zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken aufgebaut werden.*
- Die wichtige Rolle der vor Ort tätigen Akteure und ihre Funktion als Förderer und Kontaktpersonen für den*

Partizipationsprozess ist weiter auszubauen. In der gesamten EU sind auf regionaler und nationaler Ebene Jugendräte einzusetzen, die auch der nicht organisierten Jugend offen stehen und von den politischen Kräften unabhängig sind. Die regionalen und nationalen Behörden sollten verpflichtet sein, diese Jugendräte bei allen Entscheidungen zu konsultieren, von denen die Jugendlichen spürbar betroffen sind.

- *Die nationale Ebene ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der lokalen und der europäischen Ebene.*

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 31f. (2001)

Aus Sicht der AutorInnen des Weißbuchs ist ...

- a) ... der Eintritt von Jugendlichen in politische Parteien zu fördern.
- b) ... davon auszugehen, dass sich Jugendliche aufgrund ihrer Lebenssituation nur wenig für die Mitarbeit am öffentlichen Leben interessieren.
- c) ... eine Kombination aus Mitarbeit in den offiziellen Gruppen der repräsentativen Demokratie und neu zu entwickelnden Gruppierungen wünschbar.
- d) ... darauf hinzuarbeiten, dass traditionelle Strukturen durch neue Formen politischer Partizipation ersetzt werden.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben

Diese Beteiligung erfolgt in zwei Formen: in einer formaleren im Rahmen der Mechanismen der repräsentativen Demokratie und in einer weniger formalen, bei der versucht wird, neue Formen der Partizipation zu entwickeln. Nur wenn man beide Dimensionen im Auge behält, wird man das soziale Kapital, das die Jugend darstellt, richtig zur Geltung bringen können.

Die vorgeschlagenen Vorgehensweisen beruhen auf folgenden Grundsätzen:

- *Die lokale Ebene ist äußerst wichtig;*
- *die Einbeziehung darf sich nicht nur auf organisierte Jugendliche und jugendspezifische Themen beschränken;*
- *die Schule ist nach wie vor einer der wichtigsten Orte, an denen Partizipation praktiziert wird, auch wenn die Bedeutung der nicht formalen, außerschulischen Bildung und des nicht formalen Lernens anerkannt wird;*
- *die Einbeziehung der Jugendlichen darf nicht nur darin bestehen, ihre Meinung zu erkunden.*

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- *Die lokalen Behörden sollten flächendeckend in ganz Europa in den verschiedensten Bereichen (Schulen, Sportclubs, Vereine usw.) flexible, innovative Partizipationsmechanismen einführen, die für von den Jugendlichen selbst entwickelte Methoden Platz lassen und sich auf Kontaktpersonen stützen.*
- Darüber hinaus könnten Mechanismen für einen Dialog zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen vorgesehen werden, dessen Modalitäten den lokalen Gegebenheiten entsprechend gewählt werden und Netze zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken aufgebaut werden.*
- *Die wichtige Rolle der vor Ort tätigen Akteure und ihre Funktion als Förderer und Kontaktpersonen für den Partizipationsprozess ist weiter auszubauen. In der gesamten EU sind auf regionaler und nationaler Ebene Jugendräte einzusetzen, die auch der nicht organisierten Jugend offen stehen und von den politischen Kräften unabhängig sind. Die regionalen und nationalen Behörden sollten verpflichtet sein, diese Jugendräte bei allen Entscheidungen zu konsultieren, von denen die Jugendlichen spürbar betroffen sind.*
- *Die nationale Ebene ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der lokalen und der europäischen Ebene.*

Den Vorschlägen für Demokratieerziehung auf lokaler Ebene liegen verschiedene Prämissen zugrunde. Welche Prämisse steht im Vordergrund?

- a) Demokratisches Handeln wird in erster Linie in internationalen Zusammenhängen gelernt.
- b) Demokratisches Handeln wird vor allem durch nicht formales Lernen erworben.
- c) Für die Erziehung zu demokratischem Handeln ist die Meinung der Jugendlichen nicht wichtig.
- d) Demokratisches Handeln wird hauptsächlich an der Schule eingeübt.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben

Diese Beteiligung erfolgt in zwei Formen: in einer formaleren im Rahmen der Mechanismen der repräsentativen Demokratie und in einer weniger formalen, bei der versucht wird, neue Formen der Partizipation zu entwickeln. Nur wenn man beide Dimensionen im Auge behält, wird man das soziale Kapital, das die Jugend darstellt, richtig zur Geltung bringen können.

Die vorgeschlagenen Vorgehensweisen beruhen auf folgenden Grundsätzen:

- *Die lokale Ebene ist äußerst wichtig;*
- *die Einbeziehung darf sich nicht nur auf organisierte Jugendliche und jugendspezifische Themen beschränken;*
- *die Schule ist nach wie vor einer der wichtigsten Orte, an denen Partizipation praktiziert wird, auch wenn die Bedeutung der nicht formalen, außerschulischen Bildung und des nicht formalen Lernens anerkannt wird;*
- *die Einbeziehung der Jugendlichen darf nicht nur darin bestehen, ihre Meinung zu erkunden.*

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- *Die lokalen Behörden sollten flächendeckend in ganz Europa in den verschiedensten Bereichen (Schulen, Sportclubs, Vereine usw.) flexible, innovative Partizipationsmechanismen einführen, die für von den Jugendlichen selbst entwickelte Methoden Platz lassen und sich auf Kontaktpersonen stützen.*
- Darüber hinaus könnten Mechanismen für einen Dialog zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen vorgesehen werden, dessen Modalitäten den lokalen Gegebenheiten entsprechend gewählt werden und Netze zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken aufgebaut werden.*
- *Die wichtige Rolle der vor Ort tätigen Akteure und ihre Funktion als Förderer und Kontaktpersonen für den Partizipationsprozess ist weiter auszubauen. In der gesamten EU sind auf regionaler und nationaler Ebene Jugendräte einzusetzen, die auch der nicht organisierten Jugend offen stehen und von den politischen Kräften unabhängig sind. Die regionalen und nationalen Behörden sollten verpflichtet sein, diese Jugendräte bei allen Entscheidungen zu konsultieren, von denen die Jugendlichen spürbar betroffen sind.*
- *Die nationale Ebene ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der lokalen und der europäischen Ebene.*

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 31f. (2001)

Welchen Beitrag können lokale Behörden leisten?

- a) Sie sollten den Jugendlichen die alten Methoden schmackhaft machen.
- b) Sie sollten sich auf die Schulpolitik konzentrieren.
- c) Sie sollten den Jugendlichen neue Methoden vorgeben und sie durch diese realisieren lassen.

- d) Sie sollten die Ideen der Jugendlichen für neue Partizipationsmethoden aufgreifen und umsetzen.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben

Diese Beteiligung erfolgt in zwei Formen: in einer formaleren im Rahmen der Mechanismen der repräsentativen Demokratie und in einer weniger formalen, bei der versucht wird, neue Formen der Partizipation zu entwickeln. Nur wenn man beide Dimensionen im Auge behält, wird man das soziale Kapital, das die Jugend darstellt, richtig zur Geltung bringen können.

Die vorgeschlagenen Vorgehensweisen beruhen auf folgenden Grundsätzen:

- Die lokale Ebene ist äußerst wichtig;*
- die Einbeziehung darf sich nicht nur auf organisierte Jugendliche und jugendspezifische Themen beschränken;*
- die Schule ist nach wie vor einer der wichtigsten Orte, an denen Partizipation praktiziert wird, auch wenn die Bedeutung der nicht formalen, außerschulischen Bildung und des nicht formalen Lernens anerkannt wird;*
- die Einbeziehung der Jugendlichen darf nicht nur darin bestehen, ihre Meinung zu erkunden.*

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

· Die lokalen Behörden sollten flächendeckend in ganz Europa in den verschiedensten Bereichen (Schulen, Sportclubs, Vereine usw.) flexible, innovative Partizipationsmechanismen einführen, die für von den Jugendlichen selbst entwickelte Methoden Platz lassen und sich auf Kontaktpersonen stützen.

Darüber hinaus könnten Mechanismen für einen Dialog zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen vorgesehen werden, dessen Modalitäten den lokalen Gegebenheiten entsprechend gewählt werden und Netze zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken aufgebaut werden.

· Die wichtige Rolle der vor Ort tätigen Akteure und ihre Funktion als Förderer und Kontaktpersonen für den Partizipationsprozess ist weiter auszubauen. In der gesamten EU sind auf regionaler und nationaler Ebene Jugendräte einzusetzen, die auch der nicht organisierten Jugend offen stehen und von den politischen Kräften unabhängig sind. Die regionalen und nationalen Behörden sollten verpflichtet sein, diese Jugendräte bei allen Entscheidungen zu konsultieren, von denen die Jugendlichen spürbar betroffen sind.

· Die nationale Ebene ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der lokalen und der europäischen Ebene.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 31f. (2001)

Worauf sollte in besonderer Weise geachtet werden?

- a) Für die Umsetzung lokaler Anliegen ist ein Austausch mit den anderen Entscheidungsebenen unwichtig.
- b) Die europäischen Gremien sollten den Takt vorgeben.
- c) Die unterschiedlichen Entscheidungsebenen müssen sich miteinander verständigen.
- d) Die lokalen Behörden sollten sich auf ihre Bedürfnisse abstützen und die Vorschläge der anderen Entscheidungsebenen ignorieren.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben

Diese Beteiligung erfolgt in zwei Formen: in einer formaleren im Rahmen der Mechanismen der repräsentativen Demokratie und in einer weniger formalen, bei der versucht wird, neue Formen der Partizipation zu entwickeln. Nur wenn man beide Dimensionen im Auge behält, wird man das soziale Kapital, das die Jugend darstellt, richtig zur Geltung bringen können.

Die vorgeschlagenen Vorgehensweisen beruhen auf folgenden Grundsätzen:

- Die lokale Ebene ist äußerst wichtig;*
- die Einbeziehung darf sich nicht nur auf organisierte Jugendliche und jugendspezifische Themen beschränken;*
- die Schule ist nach wie vor einer der wichtigsten Orte, an denen Partizipation praktiziert wird, auch wenn die Bedeutung der nicht formalen, außerschulischen Bildung und des nicht formalen Lernens anerkannt wird;*
- die Einbeziehung der Jugendlichen darf nicht nur darin bestehen, ihre Meinung zu erkunden.*

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

· Die lokalen Behörden sollten flächendeckend in ganz Europa in den verschiedensten Bereichen (Schulen, Sportclubs, Vereine usw.) flexible, innovative Partizipationsmechanismen einführen, die für von den Jugendlichen selbst entwickelte Methoden Platz lassen und sich auf Kontaktpersonen stützen.

Darüber hinaus könnten Mechanismen für einen Dialog zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen vorgesehen werden, dessen Modalitäten den lokalen Gegebenheiten entsprechend gewählt werden und Netze zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken aufgebaut werden.

· Die wichtige Rolle der vor Ort tätigen Akteure und ihre Funktion als Förderer und Kontaktpersonen für den Partizipationsprozess ist weiter auszubauen. In der gesamten EU sind auf regionaler und nationaler Ebene Jugendräte einzusetzen, die auch der nicht organisierten Jugend offen stehen und von den politischen Kräften unabhängig sind. Die regionalen und nationalen Behörden sollten verpflichtet sein, diese Jugendräte bei allen Entscheidungen zu konsultieren, von denen die Jugendlichen spürbar betroffen sind.

· Die nationale Ebene ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der lokalen und der europäischen Ebene.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 31f. (2001)

Welchen konkreten Vorschlag machen die AutorInnen des Weißbuchs?

- a) In allen Ländern der EU sollen politisch unabhängige Jugendräte eingerichtet werden.
- b) Für die Förderung der Beteiligung von Jugendlichen am öffentlichen Leben braucht es in allen größeren Gemeinden der EU Jugendparteien.
- c) Die AutorInnen des Weißbuchs schlagen vor, an allen Schulen vermehrt Staatsbürgerkundeunterricht zu erteilen.
- d) Die AutorInnen des Weißbuchs empfehlen die Einrichtung eines Jugendparlaments.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizens programme

Today people and countries are increasingly connected socially, culturally, politically and economically. International travel, economic migration, international communications and global faiths have meant that we increasingly encounter different cultural perspectives at home. The impact of global systems, such as climate and international finance, have shown that our actions locally can have a huge impact on the lives of people thousands of miles away.

The challenge for leaders is to acknowledge, respect and engage new communities and cultures for the long term

benefit of all. They should be aware of the consequence of their actions, understand interdependency and be socially responsible.

The Active Citizens programme promotes community-led social development. It motivates members of communities to take responsibility for their social needs and gives them the knowledge, skills and experience to address them. The main audience for the programme are community leaders working in and with marginalised communities. These are people, such as religious leaders, politicians and youth workers, who are influential in seeking to improve the lives of people living in their community.

The programme develops skills and knowledge to identify and engage networks to help achieve goals, as well as skills to plan and implement a project. The networks are between individuals at community level; institutions engaged in social action at community level; and institutions engaged in social policy dialogue at a national level. This includes cross-sectoral networking e.g. with the business community, media, etc. The building of these networks increases social inclusion, community resilience to conflict and increases social development in communities.

The programme is flexible and adaptable. It has been delivered to diverse groups, from rural communities in North-West Frontier Province Pakistan to urban communities in East London UK, to communities vulnerable to post-election violence in Kenya and internally displaced persons (IDPs) in Sri Lanka.

Source: <https://www.britishcouncil.org/sites/default/files/active-citizens-global-toolkit-2014-2015.pdf>

Which of the following does NOT mean that we increasingly encounter different cultural perspectives at home?

- a) More frequent international travel
- b) An increase in local compared to global actions
- c) The impact of global systems
- d) Closer economic and political collaboration

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizens programme

Today people and countries are increasingly connected socially, culturally, politically and economically. International travel, economic migration, international communications and global faiths have meant that we increasingly encounter different cultural perspectives at home. The impact of global systems, such as climate and international finance, have shown that our actions locally can have a huge impact on the lives of people thousands of miles away.

The challenge for leaders is to acknowledge, respect and engage new communities and cultures for the long term benefit of all. They should be aware of the consequence of their actions, understand interdependency and be socially responsible.

The Active Citizens programme promotes community-led social development. It motivates members of communities to take responsibility for their social needs and gives them the knowledge, skills and experience to address them. The main audience for the programme are community leaders working in and with marginalised communities. These are people, such as religious leaders, politicians and youth workers, who are influential in seeking to improve the lives of people living in their community.

The programme develops skills and knowledge to identify and engage networks to help achieve goals, as well as skills to plan and implement a project. The networks are between individuals at community level; institutions engaged in social action at community level; and institutions engaged in social policy dialogue at a national level. This includes cross-sectoral networking e.g. with the business community, media, etc. The building of these networks increases social inclusion, community resilience to conflict and increases social development in communities.

The programme is flexible and adaptable. It has been delivered to diverse groups, from rural communities in

North-West Frontier Province Pakistan to urban communities in East London UK, to communities vulnerable to post-election violence in Kenya and internally displaced persons (IDPs) in Sri Lanka.

Source: <https://www.britishcouncil.org/sites/default/files/active-citizens-global-toolkit-2014-2015.pdf>

In the first line of the second paragraph, what is the significance of the word 'engage'?

- a) involve
- b) occupy
- c) encourage
- d) join

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizens programme

Today people and countries are increasingly connected socially, culturally, politically and economically. International travel, economic migration, international communications and global faiths have meant that we increasingly encounter different cultural perspectives at home. The impact of global systems, such as climate and international finance, have shown that our actions locally can have a huge impact on the lives of people thousands of miles away.

The challenge for leaders is to acknowledge, respect and engage new communities and cultures for the long term benefit of all. They should be aware of the consequence of their actions, understand interdependency and be socially responsible.

The Active Citizens programme promotes community-led social development. It motivates members of communities to take responsibility for their social needs and gives them the knowledge, skills and experience to address them. The main audience for the programme are community leaders working in and with marginalised communities. These are people, such as religious leaders, politicians and youth workers, who are influential in seeking to improve the lives of people living in their community.

The programme develops skills and knowledge to identify and engage networks to help achieve goals, as well as skills to plan and implement a project. The networks are between individuals at community level; institutions engaged in social action at community level; and institutions engaged in social policy dialogue at a national level. This includes cross-sectoral networking e.g. with the business community, media, etc. The building of these networks increases social inclusion, community resilience to conflict and increases social development in communities.

The programme is flexible and adaptable. It has been delivered to diverse groups, from rural communities in North-West Frontier Province Pakistan to urban communities in East London UK, to communities vulnerable to post-election violence in Kenya and internally displaced persons (IDPs) in Sri Lanka.

Source: <https://www.britishcouncil.org/sites/default/files/active-citizens-global-toolkit-2014-2015.pdf>

Why are community leaders the main audience for the Active Citizens Programme?

- a) Because they try to improve living conditions for their communities
- b) Because they are religious leaders, politicians or youth workers
- c) Because they plan and implement a project
- d) Because they have knowledge, skills and experience

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizens programme

Today people and countries are increasingly connected socially, culturally, politically and economically. International travel, economic migration, international communications and global faiths have meant that we increasingly encounter different cultural perspectives at home. The impact of global systems, such as climate and international finance, have shown that our actions locally can have a huge impact on the lives of people thousands of miles away.

The challenge for leaders is to acknowledge, respect and engage new communities and cultures for the long term benefit of all. They should be aware of the consequence of their actions, understand interdependency and be socially responsible.

The Active Citizens programme promotes community-led social development. It motivates members of communities to take responsibility for their social needs and gives them the knowledge, skills and experience to address them. The main audience for the programme are community leaders working in and with marginalised communities. These are people, such as religious leaders, politicians and youth workers, who are influential in seeking to improve the lives of people living in their community.

The programme develops skills and knowledge to identify and engage networks to help achieve goals, as well as skills to plan and implement a project. The networks are between individuals at community level; institutions engaged in social action at community level; and institutions engaged in social policy dialogue at a national level. This includes cross-sectoral networking e.g. with the business community, media, etc. The building of these networks increases social inclusion, community resilience to conflict and increases social development in communities.

The programme is flexible and adaptable. It has been delivered to diverse groups, from rural communities in North-West Frontier Province Pakistan to urban communities in East London UK, to communities vulnerable to post-election violence in Kenya and internally displaced persons (IDPs) in Sri Lanka.

Source: <https://www.britishcouncil.org/sites/default/files/active-citizens-global-toolkit-2014-2015.pdf>

The networks are set up

- a) by individuals and/or institutions
- b) to build communities
- c) in cross-sectoral cultures
- d) to generate resilience to social development

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizens programme

Today people and countries are increasingly connected socially, culturally, politically and economically. International travel, economic migration, international communications and global faiths have meant that we increasingly encounter different cultural perspectives at home. The impact of global systems, such as climate and international finance, have shown that our actions locally can have a huge impact on the lives of people thousands of miles away.

The challenge for leaders is to acknowledge, respect and engage new communities and cultures for the long term benefit of all. They should be aware of the consequence of their actions, understand interdependency and be socially responsible.

The Active Citizens programme promotes community-led social development. It motivates members of communities to take responsibility for their social needs and gives them the knowledge, skills and experience to address them. The main audience for the programme are community leaders working in and with marginalised communities. These are people, such as religious leaders, politicians and youth workers, who are influential in seeking to improve the lives of people living in their community.

The programme develops skills and knowledge to identify and engage networks to help achieve goals, as well as skills to plan and implement a project. The networks are between individuals at community level; institutions engaged in social action at community level; and institutions engaged in social policy dialogue at a national level. This includes cross-sectoral networking e.g. with the business community, media, etc. The building of these networks increases social inclusion, community resilience to conflict and increases social development in communities.

The programme is flexible and adaptable. It has been delivered to diverse groups, from rural communities in North-West Frontier Province Pakistan to urban communities in East London UK, to communities vulnerable to post-election violence in Kenya and internally displaced persons (IDPs) in Sri Lanka.

Source: <https://www.britishcouncil.org/sites/default/files/active-citizens-global-toolkit-2014-2015.pdf>

The Active Citizens Programme

- a) can be adapted to meet particular local needs
- b) is always used after elections
- c) is mainly used in rural communities
- d) was originally launched in Sri Lanka to support internally displaced persons

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

EU Europe for Citizens programme

Public forums and shared spaces in which citizens can debate and deliberate have always constituted essential elements of a democratic society. Today, the Europe for Citizens Programme serves to create a modern European agora. Launched in 2007, the programme supports initiatives that bring people together in international and intercultural exchanges.

Every year, about 1000 different organisations from the 30 participating countries (the 27 member states of the European Union, together with Croatia, Macedonia and Albania) have been awarded grants to support their activities and projects. The diversity of eligible applicants – NGOs, local authorities, education institutions, volunteering networks and many more – helps deliver the active citizenship message to people from all walks of life.

The types of funded projects are just as diverse. Town Twinning projects and networks of twinned towns have proven to be highly effective means of bringing together European citizens from different countries, enhancing tolerance and mutual understanding. Whether it is a festival, a conference on the topic of democracy or a study on the well-being of elderly citizens in European rural areas, each project offers opportunities for intercultural dialogue and experience-sharing. Civil society organisations and think tanks also play a significant role in promoting European values and fostering action, debate and reflection regarding European identity.

Europe for Citizens is reaching an important milestone. The 2007-2013 cycle draws to a close and a new seven year programme is planned to begin in 2014. In the light of the remarkable results produced so far, the programme is going to be continued and fine-tuned to suit the contexts of the changing times. A greater emphasis will be placed on initiatives that stimulate debate, reflection and cooperation that contribute to citizens understanding of the European Union. The aim is to foster European citizenship and encourage civic participation at Union level.

Source: <http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/documents/publications/EC3112681ENC.pdf>

What do we learn about the Europe for Citizens Programme in the first paragraph?

- a) That it seeks to encourage collaboration between individuals from different cultures
- b) That it shares space with public forums
- c) That it is different today than in 2007
- d) That it is a deliberate debate about democratic society

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

EU Europe for Citizens programme

Public forums and shared spaces in which citizens can debate and deliberate have always constituted essential elements of a democratic society. Today, the Europe for Citizens Programme serves to create a modern European agora. Launched in 2007, the programme supports initiatives that bring people together in international and intercultural exchanges.

Every year, about 1000 different organisations from the 30 participating countries (the 27 member states of the European Union, together with Croatia, Macedonia and Albania) have been awarded grants to support their activities and projects. The diversity of eligible applicants – NGOs, local authorities, education institutions, volunteering networks and many more – helps deliver the active citizenship message to people from all walks of life.

The types of funded projects are just as diverse. Town Twinning projects and networks of twinned towns have proven to be highly effective means of bringing together European citizens from different countries, enhancing tolerance and mutual understanding. Whether it is a festival, a conference on the topic of democracy or a study on the well-being of elderly citizens in European rural areas, each project offers opportunities for intercultural dialogue and experience-sharing. Civil society organisations and think tanks also play a significant role in promoting European values and fostering action, debate and reflection regarding European identity.

Europe for Citizens is reaching an important milestone. The 2007-2013 cycle draws to a close and a new seven year programme is planned to begin in 2014. In the light of the remarkable results produced so far, the programme is going to be continued and fine-tuned to suit the contexts of the changing times. A greater emphasis will be placed on initiatives that stimulate debate, reflection and cooperation that contribute to citizens understanding of the European Union. The aim is to foster European citizenship and encourage civic participation at Union level.

Source: <http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/documents/publications/EC3112681ENC.pdf>

What is the main element that helps to deliver the active citizenship message?

- a) The fact that all Member States are involved in the programme
- b) The fact that 1000 organisations are involved each year
- c) The fact that Croatia, Macedonia and Albania are also involved in the programme
- d) The fact that different people and organisations are involved in the programme

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

EU Europe for Citizens programme

Public forums and shared spaces in which citizens can debate and deliberate have always constituted essential elements of a democratic society. Today, the Europe for Citizens Programme serves to create a modern European agora. Launched in 2007, the programme supports initiatives that bring people together in international

and intercultural exchanges.

Every year, about 1000 different organisations from the 30 participating countries (the 27 member states of the European Union, together with Croatia, Macedonia and Albania) have been awarded grants to support their activities and projects. The diversity of eligible applicants – NGOs, local authorities, education institutions, volunteering networks and many more – helps deliver the active citizenship message to people from all walks of life.

The types of funded projects are just as diverse. Town Twinning projects and networks of twinned towns have proven to be highly effective means of bringing together European citizens from different countries, enhancing tolerance and mutual understanding. Whether it is a festival, a conference on the topic of democracy or a study on the well-being of elderly citizens in European rural areas, each project offers opportunities for intercultural dialogue and experience-sharing. Civil society organisations and think tanks also play a significant role in promoting European values and fostering action, debate and reflection regarding European identity.

Europe for Citizens is reaching an important milestone. The 2007-2013 cycle draws to a close and a new seven year programme is planned to begin in 2014. In the light of the remarkable results produced so far, the programme is going to be continued and fine-tuned to suit the contexts of the changing times. A greater emphasis will be placed on initiatives that stimulate debate, reflection and cooperation that contribute to citizens understanding of the European Union. The aim is to foster European citizenship and encourage civic participation at Union level.

Source: <http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/documents/publications/EC3112681ENC.pdf>

Which of the following is NOT an example of a typical Europe for Citizens project?

- a) Research on ways to improve citizens' quality of life
- b) An exhibition of local arts and crafts
- c) A programme to twin citizens from different countries
- d) An international debate on forms of political representation

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

EU Europe for Citizens programme

Public forums and shared spaces in which citizens can debate and deliberate have always constituted essential elements of a democratic society. Today, the Europe for Citizens Programme serves to create a modern European agora. Launched in 2007, the programme supports initiatives that bring people together in international and intercultural exchanges.

Every year, about 1000 different organisations from the 30 participating countries (the 27 member states of the European Union, together with Croatia, Macedonia and Albania) have been awarded grants to support their activities and projects. The diversity of eligible applicants – NGOs, local authorities, education institutions, volunteering networks and many more – helps deliver the active citizenship message to people from all walks of life.

The types of funded projects are just as diverse. Town Twinning projects and networks of twinned towns have proven to be highly effective means of bringing together European citizens from different countries, enhancing tolerance and mutual understanding. Whether it is a festival, a conference on the topic of democracy or a study on the well-being of elderly citizens in European rural areas, each project offers opportunities for intercultural dialogue and experience-sharing. Civil society organisations and think tanks also play a significant role in promoting European values and fostering action, debate and reflection regarding European identity.

Europe for Citizens is reaching an important milestone. The 2007-2013 cycle draws to a close and a new seven year programme is planned to begin in 2014. In the light of the remarkable results produced so far, the programme is going to be continued and fine-tuned to suit the contexts of the changing times. A greater emphasis will be placed on initiatives that stimulate debate, reflection and cooperation that contribute to citizens understanding of the European Union. The aim is to foster European citizenship and encourage civic participation at Union level.

Source: <http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/documents/publications/EC3112681ENC.pdf>

According to the article, what do think tanks do?

- a) They set milestones
- b) They organise festivals
- c) They promote the Europe for Citizens programme
- d) They stimulate discussion about European identity

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

EU Europe for Citizens programme

Public forums and shared spaces in which citizens can debate and deliberate have always constituted essential elements of a democratic society. Today, the Europe for Citizens Programme serves to create a modern European agora. Launched in 2007, the programme supports initiatives that bring people together in international and intercultural exchanges.

Every year, about 1000 different organisations from the 30 participating countries (the 27 member states of the European Union, together with Croatia, Macedonia and Albania) have been awarded grants to support their activities and projects. The diversity of eligible applicants – NGOs, local authorities, education institutions, volunteering networks and many more – helps deliver the active citizenship message to people from all walks of life.

The types of funded projects are just as diverse. Town Twinning projects and networks of twinned towns have proven to be highly effective means of bringing together European citizens from different countries, enhancing tolerance and mutual understanding. Whether it is a festival, a conference on the topic of democracy or a study on the well-being of elderly citizens in European rural areas, each project offers opportunities for intercultural dialogue and experience-sharing. Civil society organisations and think tanks also play a significant role in promoting European values and fostering action, debate and reflection regarding European identity.

Europe for Citizens is reaching an important milestone. The 2007-2013 cycle draws to a close and a new seven year programme is planned to begin in 2014. In the light of the remarkable results produced so far, the programme is going to be continued and fine-tuned to suit the contexts of the changing times. A greater emphasis will be placed on initiatives that stimulate debate, reflection and cooperation that contribute to citizens understanding of the European Union. The aim is to foster European citizenship and encourage civic participation at Union level.

Source: <http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/documents/publications/EC3112681ENC.pdf>

What is the next stage in the Europe for Citizens programme?

- a) It will be adapted to reflect new circumstances
- b) It will emphasise debates
- c) It will probably continue until 2014
- d) It will start a European fostering campaign

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

EL GOBIERNO SUSTITUYE EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA POR UNA ASIGNATURA "LIBRE DE TEMAS CONTROVERTIDOS"

El ministro de Educación y Deportes, José Ignacio Wert, ha anunciado este martes el final de la polémica asignatura de Educación para la Ciudadanía, materia que será sustituida por Educación Cívica y Constitucional. Una asignatura que, en palabras de Wert, estará libre de «temas controvertidos y de adoctrinamiento ideológico».

"Educación para la Ciudadanía ha estado acompañada desde su nacimiento por la polémica y que ha creado una seria división en la sociedad y el mundo educativo", ha asegurado el ministro, durante su primera comparecencia en la Comisión de Educación y Deporte del Congreso de los Diputados.

(..)

Por ello, el titular de Educación propone una nueva asignatura que proporcione a los alumnos el conocimiento de la Constitución Española "como norma suprema que rige nuestra convivencia, la comprensión de sus valores, de las reglas del juego mediante las que se conforma una sociedad democrática y pluralista, así como la historia de la Unión Europea de la que España forma parte".

(...)

En la misma ponencia, Wert, ha precisado que la reforma que prepara para la Enseñanza Secundaria prevé que haya tres cursos de ESO y otros tres de Bachillerato. El primer curso de Bachillerato será obligatorio para todos los estudiantes, al igual que el cuarto curso de ESO al que sustituye. El primero de los tres cursos del futuro Bachillerato se dedicará a orientar a los estudiantes, bien a Formación Profesional, o bien a completar la formación previa al acceso a la Universidad. El ministro se ha comprometido a que se apruebe también «por fin» un estatuto del docente, que mantenga el carácter estatal de los cuerpos de profesorado, que recompense su esfuerzo y los reconozca como «autoridad pública». «La calidad de un sistema educativo depende de la calidad de sus profesores», ha expresado Wert, quien ha afirmado que negociará con todos para que se apruebe cuanto antes.

Adaptado de <http://www.abc.es/20120131/sociedad/abci-educacion-civica-constitucion-al-201201311632.html>
del 04/04/2012

El artículo informa de que

- a) la asignatura de Ciudadanía tiene las horas contadas
- b) la asignatura la cursará el ministerio de Educación y Deportes
- c) la asignatura se reemplazará con la de adoctrinamiento ideológico
- d) no se reemplazará con otra

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

EL GOBIERNO SUSTITUYE EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA POR UNA ASIGNATURA "LIBRE DE TEMAS CONTROVERTIDOS"

El ministro de Educación y Deportes, José Ignacio Wert, ha anunciado este martes el final de la polémica asignatura de Educación para la Ciudadanía, materia que será sustituida por Educación Cívica y Constitucional. Una asignatura que, en palabras de Wert, estará libre de «temas controvertidos y de adoctrinamiento ideológico».

"Educación para la Ciudadanía ha estado acompañada desde su nacimiento por la polémica y que ha creado una seria división en la sociedad y el mundo educativo", ha asegurado el ministro, durante su primera comparecencia en la Comisión de Educación y Deporte del Congreso de los Diputados.

(..)

Por ello, el titular de Educación propone una nueva asignatura que proporcione a los alumnos el conocimiento de la Constitución Española "como norma suprema que rige nuestra convivencia, la comprensión de sus valores, de

las reglas del juego mediante las que se conforma una sociedad democrática y pluralista, así como la historia de la Unión Europea de la que España forma parte".

(...)

En la misma ponencia, Wert, ha precisado que la reforma que prepara para la Enseñanza Secundaria prevé que haya tres cursos de ESO y otros tres de Bachillerato. El primer curso de Bachillerato será obligatorio para todos los estudiantes, al igual que el cuarto curso de ESO al que sustituye. El primero de los tres cursos del futuro Bachillerato se dedicará a orientar a los estudiantes, bien a Formación Profesional, o bien a completar la formación previa al acceso a la Universidad. El ministro se ha comprometido a que se apruebe también «por fin» un estatuto del docente, que mantenga el carácter estatal de los cuerpos de profesorado, que recompense su esfuerzo y los reconozca como «autoridad pública». «La calidad de un sistema educativo depende de la calidad de sus profesores», ha expresado Wert, quien ha afirmado que negociará con todos para que se apruebe cuanto antes.

Adaptado de <http://www.abc.es/20120131/sociedad/abci-educacion-civica-constitucion-al-201201311632.html>
del 04/04/2012

Según el texto, el ministro afirma que

- a) discrepa de la formación cívica formulada por el Consejo de Europa
- b) no persigue los mismos objetivos desde el principio pero sí tiene un enfoque de enseñanza-aprendizaje
- c) no va más allá de lo que debería corresponder
- d) ha fragmentado a casi toda la colectividad

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

EL GOBIERNO SUSTITUYE EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA POR UNA ASIGNATURA "LIBRE DE TEMAS CONTROVERTIDOS"

El ministro de Educación y Deportes, José Ignacio Wert, ha anunciado este martes el final de la polémica asignatura de Educación para la Ciudadanía, materia que será sustituida por Educación Cívica y Constitucional. Una asignatura que, en palabras de Wert, estará libre de «temas controvertidos y de adoctrinamiento ideológico».

"Educación para la Ciudadanía ha estado acompañada desde su nacimiento por la polémica y que ha creado una seria división en la sociedad y el mundo educativo", ha asegurado el ministro, durante su primera comparecencia en la Comisión de Educación y Deporte del Congreso de los Diputados.

(..)

Por ello, el titular de Educación propone una nueva asignatura que proporcione a los alumnos el conocimiento de la Constitución Española "como norma suprema que rige nuestra convivencia, la comprensión de sus valores, de las reglas del juego mediante las que se conforma una sociedad democrática y pluralista, así como la historia de la Unión Europea de la que España forma parte".

(...)

En la misma ponencia, Wert, ha precisado que la reforma que prepara para la Enseñanza Secundaria prevé que haya tres cursos de ESO y otros tres de Bachillerato. El primer curso de Bachillerato será obligatorio para todos los estudiantes, al igual que el cuarto curso de ESO al que sustituye. El primero de los tres cursos del futuro Bachillerato se dedicará a orientar a los estudiantes, bien a Formación Profesional, o bien a completar la formación previa al acceso a la Universidad. El ministro se ha comprometido a que se apruebe también «por fin» un estatuto del docente, que mantenga el carácter estatal de los cuerpos de profesorado, que recompense su esfuerzo y los reconozca como «autoridad pública». «La calidad de un sistema educativo depende de la calidad de sus profesores», ha expresado Wert, quien ha afirmado que negociará con todos para que se apruebe cuanto antes.

El Ministro de educación sugiere que los alumnos estudien

- a) la sociedad y el mundo educativo
- b) la ley suprema del país
- c) la Constitución española de 1845
- d) el estatuto docente

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

EL GOBIERNO SUSTITUYE EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA POR UNA ASIGNATURA "LIBRE DE TEMAS CONTROVERTIDOS"

El ministro de Educación y Deportes, José Ignacio Wert, ha anunciado este martes el final de la polémica asignatura de Educación para la Ciudadanía, materia que será sustituida por Educación Cívica y Constitucional. Una asignatura que, en palabras de Wert, estará libre de «temas controvertidos y de adoctrinamiento ideológico».

"Educación para la Ciudadanía ha estado acompañada desde su nacimiento por la polémica y que ha creado una seria división en la sociedad y el mundo educativo", ha asegurado el ministro, durante su primera comparecencia en la Comisión de Educación y Deporte del Congreso de los Diputados.

(..)

Por ello, el titular de Educación propone una nueva asignatura que proporcione a los alumnos el conocimiento de la Constitución Española "como norma suprema que rige nuestra convivencia, la comprensión de sus valores, de las reglas del juego mediante las que se conforma una sociedad democrática y pluralista, así como la historia de la Unión Europea de la que España forma parte".

(...)

En la misma ponencia, Wert, ha precisado que la reforma que prepara para la Enseñanza Secundaria prevé que haya tres cursos de ESO y otros tres de Bachillerato. El primer curso de Bachillerato será obligatorio para todos los estudiantes, al igual que el cuarto curso de ESO al que sustituye. El primero de los tres cursos del futuro Bachillerato se dedicará a orientar a los estudiantes, bien a Formación Profesional, o bien a completar la formación previa al acceso a la Universidad. El ministro se ha comprometido a que se apruebe también «por fin» un estatuto del docente, que mantenga el carácter estatal de los cuerpos de profesorado, que recompense su esfuerzo y los reconozca como «autoridad pública». «La calidad de un sistema educativo depende de la calidad de sus profesores», ha expresado Wert, quien ha afirmado que negociará con todos para que se apruebe cuanto antes.

Las reformas educativas que prepara el ministerio consisten en

- a) que los tres cursos de ESO sean facultativos
- b) que el primer curso de bachillerato sea facultativo
- c) sustituir un curso de ESO por uno de Bachillerato
- d) que en el primer curso de bachillerato se estudie el estatuto docente

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

EL GOBIERNO SUSTITUYE EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA POR UNA ASIGNATURA "LIBRE DE TEMAS CONTROVERTIDOS"

El ministro de Educación y Deportes, José Ignacio Wert, ha anunciado este martes el final de la polémica asignatura de Educación para la Ciudadanía, materia que será sustituida por Educación Cívica y Constitucional. Una asignatura que, en palabras de Wert, estará libre de «temas controvertidos y de adoctrinamiento ideológico».

"Educación para la Ciudadanía ha estado acompañada desde su nacimiento por la polémica y que ha creado una seria división en la sociedad y el mundo educativo", ha asegurado el ministro, durante su primera comparecencia en la Comisión de Educación y Deporte del Congreso de los Diputados.

(..)

Por ello, el titular de Educación propone una nueva asignatura que proporcione a los alumnos el conocimiento de la Constitución Española "como norma suprema que rige nuestra convivencia, la comprensión de sus valores, de las reglas del juego mediante las que se conforma una sociedad democrática y pluralista, así como la historia de la Unión Europea de la que España forma parte".

(...)

En la misma ponencia, Wert, ha precisado que la reforma que prepara para la Enseñanza Secundaria prevé que haya tres cursos de ESO y otros tres de Bachillerato. El primer curso de Bachillerato será obligatorio para todos los estudiantes, al igual que el cuarto curso de ESO al que sustituye. El primero de los tres cursos del futuro Bachillerato se dedicará a orientar a los estudiantes, bien a Formación Profesional, o bien a completar la formación previa al acceso a la Universidad. El ministro se ha comprometido a que se apruebe también «por fin» un estatuto del docente, que mantenga el carácter estatal de los cuerpos de profesorado, que recompense su esfuerzo y los reconozca como «autoridad pública». «La calidad de un sistema educativo depende de la calidad de sus profesores», ha expresado Wert, quien ha afirmado que negociará con todos para que se apruebe cuanto antes.

Adaptado de <http://www.abc.es/20120131/sociedad/abci-educacion-civica-constitucion-al-201201311632.html>
del 04/04/2012

El artículo dice que a los cuerpos del profesorado

- a) serán libres y responsables de los ciudadanos
- b) formarán parte de un Consejo de expertos
- c) se les concederá la potestad oficial
- d) elaborarán el estatuto docente

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Qué conclusiones podemos extraer del análisis de la impartición de "Educación para la Ciudadanía" en los diversos países de la Unión Europea?

Una enorme variedad en su tratamiento que evoluciona hacia enfoques transversales con mayor autonomía para su desarrollo por parte de los centros. Citamos textualmente las conclusiones del Informe:

"Mientras que los países europeos tienden a establecer similares objetivos escolares con el fin de preparar a sus futuros ciudadanos, si nos fijamos en los enfoques de enseñanza-aprendizaje recomendados por las autoridades educativas de cada país, la imagen aparece mucho más diversa.

Se han adoptado tres enfoques principales para abordar la educación para la ciudadanía: como una asignatura específica, integrada en otras materias (como las ciencias sociales, historia, idiomas, etc), o con un enfoque transversal, que la incluye en todas las asignaturas cuando sea pertinente. La mayoría de los países combinan más de un enfoque de la enseñanza de la Educación para la Ciudadanía, sea en cada uno o en todos los niveles

educativos.

Las recientes reformas de los currícula de Educación para la Ciudadanía llevadas a cabo en algunos países europeos han sido muy variadas. Por ejemplo, mientras algunos países han introducido una asignatura independiente (España, Países Bajos y Finlandia), otros han abandonado o van a abandonar este enfoque. Por tanto, en estos países, el contenido de los programas se va a integrar en asignaturas o áreas educativas más amplias (por ejemplo, Letonia y Noruega), o como un objetivo transversal (por ejemplo, la comunidad de habla alemana de Bélgica).

El enfoque transversal ha ganado impulso probablemente bajo la influencia del Marco Europeo para las Competencias Clave introducidas en 2006, que incluyen las competencias sociales y cívicas. Este marco ha llevado a los países europeos a integrar los conocimientos, habilidades y actitudes relevantes para las competencias clave más importantes de forma transversal en los currículos nacionales.

Adaptado de http://www.profesionalesetica.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/EpC_20_cuestiones.pdf

En el informe se refleja

- a) un amplio tratamiento hacia el enfoque transversal pero una considerable dependencia del centro educativo
- b) que el enfoque transversal no se ha desarrollado del todo ya que hay una enorme variedad de métodos
- c) un amplio proceso hacia la transversalidad y una considerable independencia de la escuela
- d) que los centros han adquirido menos independencia al elaborar el currículo con un enfoque transversal

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Qué conclusiones podemos extraer del análisis de la impartición de "Educación para la Ciudadanía" en los diversos países de la Unión Europea?

Una enorme variedad en su tratamiento que evoluciona hacia enfoques transversales con mayor autonomía para su desarrollo por parte de los centros. Citamos textualmente las conclusiones del Informe:

"Mientras que los países europeos tienden a establecer similares objetivos escolares con el fin de preparar a sus futuros ciudadanos, si nos fijamos en los enfoques de enseñanza-aprendizaje recomendados por las autoridades educativas de cada país, la imagen aparece mucho más diversa.

Se han adoptado tres enfoques principales para abordar la educación para la ciudadanía: como una asignatura específica, integrada en otras materias (como las ciencias sociales, historia, idiomas, etc), o con un enfoque transversal, que la incluye en todas las asignaturas cuando sea pertinente. La mayoría de los países combinan más de un enfoque de la enseñanza de la Educación para la Ciudadanía, sea en cada uno o en todos los niveles educativos.

Las recientes reformas de los currícula de Educación para la Ciudadanía llevadas a cabo en algunos países europeos han sido muy variadas. Por ejemplo, mientras algunos países han introducido una asignatura independiente (España, Países Bajos y Finlandia), otros han abandonado o van a abandonar este enfoque. Por tanto, en estos países, el contenido de los programas se va a integrar en asignaturas o áreas educativas más amplias (por ejemplo, Letonia y Noruega), o como un objetivo transversal (por ejemplo, la comunidad de habla alemana de Bélgica).

El enfoque transversal ha ganado impulso probablemente bajo la influencia del Marco Europeo para las Competencias Clave introducidas en 2006, que incluyen las competencias sociales y cívicas. Este marco ha llevado a los países europeos a integrar los conocimientos, habilidades y actitudes relevantes para las competencias clave más importantes de forma transversal en los currículos nacionales.

Adaptado de http://www.profesionalesetica.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/EpC_20_cuestiones.pdf

Según el texto,

- a) no todos los países europeos persiguen los mismo objetivos pero sí siguen el mismo enfoque de enseñanza-aprendizaje
- b) los futuros ciudadanos son quienes tienden a establecer los objetivos y siguen los enfoques recomendados por las autoridades educativas
- c) las autoridades educativas de cada país tienen una imagen mucho más diversa de lo que parece
- d) los países europeos persiguen los mismos objetivos pero no ocurre lo mismo con los enfoques utilizados por cada uno de ellos

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Qué conclusiones podemos extraer del análisis de la impartición de "Educación para la Ciudadanía" en los diversos países de la Unión Europea?

Una enorme variedad en su tratamiento que evoluciona hacia enfoques transversales con mayor autonomía para su desarrollo por parte de los centros. Citamos textualmente las conclusiones del Informe:

"Mientras que los países europeos tienden a establecer similares objetivos escolares con el fin de preparar a sus futuros ciudadanos, si nos fijamos en los enfoques de enseñanza-aprendizaje recomendados por las autoridades educativas de cada país, la imagen aparece mucho más diversa.

Se han adoptado tres enfoques principales para abordar la educación para la ciudadanía: como una asignatura específica, integrada en otras materias (como las ciencias sociales, historia, idiomas, etc), o con un enfoque transversal, que la incluye en todas las asignaturas cuando sea pertinente. La mayoría de los países combinan más de un enfoque de la enseñanza de la Educación para la Ciudadanía, sea en cada uno o en todos los niveles educativos.

Las recientes reformas de los currícula de Educación para la Ciudadanía llevadas a cabo en algunos países europeos han sido muy variadas. Por ejemplo, mientras algunos países han introducido una asignatura independiente (España, Países Bajos y Finlandia), otros han abandonado o van a abandonar este enfoque. Por tanto, en estos países, el contenido de los programas se va a integrar en asignaturas o áreas educativas más amplias (por ejemplo, Letonia y Noruega), o como un objetivo transversal (por ejemplo, la comunidad de habla alemana de Bélgica).

El enfoque transversal ha ganado impulso probablemente bajo la influencia del Marco Europeo para las Competencias Clave introducidas en 2006, que incluyen las competencias sociales y cívicas. Este marco ha llevado a los países europeos a integrar los conocimientos, habilidades y actitudes relevantes para las competencias clave más importantes de forma transversal en los currículos nacionales.

Adaptado de http://www.profesionalesetica.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/EpC_20_cuestiones.pdf

En cuanto a los enfoques planteados

- a) solo hay tres enfoques y se excluyen entre sí
- b) es muy difícil abordar la educación para la ciudadanía como una asignatura específica sea en cada uno o en todos los niveles educativos
- c) predomina la combinación solo en un nivel educativo
- d) predomina la combinación de más de un enfoque en uno o más niveles educativos

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Qué conclusiones podemos extraer del análisis de la impartición de "Educación para la Ciudadanía" en los diversos países de la Unión Europea?

Una enorme variedad en su tratamiento que evoluciona hacia enfoques transversales con mayor autonomía para su desarrollo por parte de los centros. Citamos textualmente las conclusiones del Informe:

"Mientras que los países europeos tienden a establecer similares objetivos escolares con el fin de preparar a sus futuros ciudadanos, si nos fijamos en los enfoques de enseñanza-aprendizaje recomendados por las autoridades educativas de cada país, la imagen aparece mucho más diversa.

Se han adoptado tres enfoques principales para abordar la educación para la ciudadanía: como una asignatura específica, integrada en otras materias (como las ciencias sociales, historia, idiomas, etc), o con un enfoque transversal, que la incluye en todas las asignaturas cuando sea pertinente. La mayoría de los países combinan más de un enfoque de la enseñanza de la Educación para la Ciudadanía, sea en cada uno o en todos los niveles educativos.

Las recientes reformas de los currícula de Educación para la Ciudadanía llevadas a cabo en algunos países europeos han sido muy variadas. Por ejemplo, mientras algunos países han introducido una asignatura independiente (España, Países Bajos y Finlandia), otros han abandonado o van a abandonar este enfoque. Por tanto, en estos países, el contenido de los programas se va a integrar en asignaturas o áreas educativas más amplias (por ejemplo, Letonia y Noruega), o como un objetivo transversal (por ejemplo, la comunidad de habla alemana de Bélgica).

El enfoque transversal ha ganado impulso probablemente bajo la influencia del Marco Europeo para las Competencias Clave introducidas en 2006, que incluyen las competencias sociales y cívicas. Este marco ha llevado a los países europeos a integrar los conocimientos, habilidades y actitudes relevantes para las competencias clave más importantes de forma transversal en los currículos nacionales.

Adaptado de http://www.profesionalesetica.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/EpC_20_cuestiones.pdf

Las reformas educativas de Educación para la Ciudadanía

- a) muestran que es más difícil un enfoque transversal que plantearla como una asignatura independiente
- b) han sido obligatorias y variadas en todos los estados europeos
- c) muestran que hay una idea común en cuanto al tema en cuestión
- d) muestran que no todos los estados han seguido las mismas pautas

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

¿Qué conclusiones podemos extraer del análisis de la impartición de "Educación para la Ciudadanía" en los diversos países de la Unión Europea?

Una enorme variedad en su tratamiento que evoluciona hacia enfoques transversales con mayor autonomía para su desarrollo por parte de los centros. Citamos textualmente las conclusiones del Informe:

"Mientras que los países europeos tienden a establecer similares objetivos escolares con el fin de preparar a sus futuros ciudadanos, si nos fijamos en los enfoques de enseñanza-aprendizaje recomendados por las autoridades educativas de cada país, la imagen aparece mucho más diversa.

Se han adoptado tres enfoques principales para abordar la educación para la ciudadanía: como una asignatura específica, integrada en otras materias (como las ciencias sociales, historia, idiomas, etc), o con un enfoque transversal, que la incluye en todas las asignaturas cuando sea pertinente. La mayoría de los países combinan más de un enfoque de la enseñanza de la Educación para la Ciudadanía, sea en cada uno o en todos los niveles educativos.

Las recientes reformas de los currícula de Educación para la Ciudadanía llevadas a cabo en algunos países europeos han sido muy variadas. Por ejemplo, mientras algunos países han introducido una asignatura independiente (España, Países Bajos y Finlandia), otros han abandonado o van a abandonar este enfoque. Por tanto, en estos países, el contenido de los programas se va a integrar en asignaturas o áreas educativas más amplias (por ejemplo, Letonia y Noruega), o como un objetivo transversal (por ejemplo, la comunidad de habla alemana de Bélgica).

El enfoque transversal ha ganado impulso probablemente bajo la influencia del Marco Europeo para las Competencias Clave introducidas en 2006, que incluyen las competencias sociales y cívicas. Este marco ha llevado a los países europeos a integrar los conocimientos, habilidades y actitudes relevantes para las competencias clave más importantes de forma transversal en los currículos nacionales.

Adaptado de http://www.profesionalesetica.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/EpC_20_cuestiones.pdf

El Marco Europeo para las Competencias Clave

- a) incluye las competencias antisociales y cívicas para que se tenga un abanico completo de la sociedad actual
- b) integra no solo las habilidades y actitudes irrelevantes sino también las relevantes e imprescindibles para las competencias clave de manera transversal
- c) defiende que el enfoque transversal predomina sobre los otros enfoques tanto en un marco nacional como internacional
- d) ha jugado un papel fundamental para el desarrollo del enfoque transversal dentro de los currículos

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Ce type de slogan (« Je suis... ») pour manifester sa solidarité avec quelqu'un me dérange un peu. Cela a commencé, je crois, par le « Ich bin ein Berliner » (« Je suis un Berlinois ») de Kennedy, en 1963, prononcé devant le mur de Berlin; mais ensuite, il est rentré chez lui (pour s'y faire assassiner, mais c'est une autre histoire...), laissant les Berlinois dans leur situation difficile et à la merci d'un nouveau blocus, situation qui n'était plus la sienne.

Puis l'éditorial de Colombani dans le Monde, au lendemain des attentats des Twin Towers « Nous sommes tous Américains » - mais à l'époque, la France n'était l'objet d'aucun attentat...et mieux valait tout de même être Français qu' Américain. Puis le « Je suis Charlie », alors que la majorité des gens n'étaient pas membres du comité de rédaction d'une publication menacée et ne risquaient rien eux-mêmes.

Et puis, jusqu'où peut aller la capacité d'identification par solidarité ?

Il n'y a jamais eu, en France, de manifestation sur le thème « Nous sommes tous des Tutsis ! » (le premier génocide depuis la fin de la deuxième guerre mondiale, tout de même...), à noter qu'après les assassinats de Mérah, il n'y eut pas de « Je suis élève d'une école orthodoxe juive ! » ; là, l'identification devenait trop difficile avec des enfants en kippas et papillotes ...Ni, en janvier 2015, des « Je mange kasher ! », en solidarité avec les clients de l' Hyperkasher, d'autant que les alimentations kasher et halal sont presque pareilles, et que ça devenait ambigu... Il n'y a pas eu non plus de slogan « Je suis une femme-flic ! » en hommage à celle tuée à Montrouge, le même jour que la rédaction de Charlie et les clients de l' Hyperkasher : on n'a pas l'habitude de s'identifier à des flics, même tirés au hasard comme des lapins.

Aujourd'hui, le « Je suis Belge ! » a un côté comique, bien vu par les dessinateurs de Marianne.

Quand on veut manifester sa solidarité avec quelqu'un, c'est bien parce que l'on est différent et que l'on n'est pas exposé aux mêmes risques que lui : il y a quelque chose de gênant à faire semblant de l'être, puis à lui dire « Bon: maintenant, je rentre chez moi, où je ne risque rien ; j'espère qu'il ne t'arrivera rien, sinon compte sur moi pour venir manifester à nouveau ».

Quel est le ton utilisé par l'auteur de ce blog dans ces réflexions?

- a) ironique
- b) comique
- c) pathétique
- d) polémique

Quesito 7 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Ce type de slogan (« Je suis... ») pour manifester sa solidarité avec quelqu'un me dérange un peu. Cela a commencé, je crois, par le « Ich bin ein Berliner » (« Je suis un Berlinois ») de Kennedy, en 1963, prononcé devant le mur de Berlin; mais ensuite, il est rentré chez lui (pour s'y faire assassiner, mais c'est une autre histoire...), laissant les Berlinois dans leur situation difficile et à la merci d'un nouveau blocus, situation qui n'était plus la sienne.

Puis l'éditorial de Colombani dans le Monde, au lendemain des attentats des Twin Towers « Nous sommes tous Américains »- mais à l'époque, la France n'était l'objet d'aucun attentat...et mieux valait tout de même être Français qu' Américain. Puis le « Je suis Charlie », alors que la majorité des gens n'étaient pas membres du comité de rédaction d'une publication menacée et ne risquaient rien eux-mêmes.

Et puis, jusqu'où peut aller la capacité d'identification par solidarité ?

Il n'y a jamais eu, en France, de manifestation sur le thème « Nous sommes tous des Tutsis ! » (le premier génocide depuis la fin de la deuxième guerre mondiale, tout de même...), à noter qu'après les assassinats de Mérah, il n'y eut pas de « Je suis élève d'une école orthodoxe juive ! », : là, l'identification devenait trop difficile avec des enfants en kippas et papillotes ...Ni, en janvier 2015, des « Je mange kasher ! », en solidarité avec les clients de l' Hyperkasher, d'autant que les alimentations kasher et halal sont presque pareilles, et que ça devenait ambigu... Il n'y a pas eu non plus de slogan «Je suis une femme-flic ! » en hommage à celle tuée à Montrouge, le même jour que la rédaction de Charlie et les clients de l' Hyperkasher : on n'a pas l'habitude de s'identifier à des flics, même tirés au hasard comme des lapins.

Aujourd'hui, le « Je suis Belge ! » a un côté comique, bien vu par les dessinateurs de Marianne.

Quand on veut manifester sa solidarité avec quelqu'un, c'est bien parce que l'on est différent et que l'on n'est pas exposé aux mêmes risques que lui : il y a quelque chose de gênant à faire semblant de l'être, puis à lui dire « Bon: maintenant, je rentre chez moi, où je ne risque rien ; j'espère qu'il ne t'arrivera rien, sinon compte sur moi pour venir manifester à nouveau ».

Quelle a été la première phrase de solidarité prononcée dans un moment de difficulté?

- a) Nous sommes tous Américains.
- b) Je suis un Berlinois.
- c) Je suis Belge.
- d) Je suis Charlie.

Quesito 7 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Ce type de slogan (« Je suis... ») pour manifester sa solidarité avec quelqu'un me dérange un peu. Cela a commencé, je crois, par le « Ich bin ein Berliner » (« Je suis un Berlinois ») de Kennedy, en 1963, prononcé devant le mur de Berlin; mais ensuite, il est rentré chez lui (pour s'y faire assassiner, mais c'est une

autre histoire...), laissant les Berlinois dans leur situation difficile et à la merci d'un nouveau blocus, situation qui n'était plus la sienne.

Puis l'éditorial de Colombani dans le Monde, au lendemain des attentats des Twin Towers « Nous sommes tous Américains »- mais à l'époque, la France n'était l'objet d'aucun attentat...et mieux valait tout de même être Français qu' Américain. Puis le « Je suis Charlie », alors que la majorité des gens n'étaient pas membres du comité de rédaction d'une publication menacée et ne risquaient rien eux-mêmes.

Et puis, jusqu'où peut aller la capacité d'identification par solidarité ?

Il n'y a jamais eu, en France, de manifestation sur le thème « Nous sommes tous des Tutsis ! » (le premier génocide depuis la fin de la deuxième guerre mondiale, tout de même...), à noter qu'après les assassinats de Mérah, il n'y eut pas de « Je suis élève d'une école orthodoxe juive ! »,: là, l'identification devenait trop difficile avec des enfants en kippas et papillotes ...Ni, en janvier 2015, des « Je mange kasher ! », en solidarité avec les clients de l' Hyperkasher, d'autant que les alimentations kasher et hallal sont presque pareilles, et que ça devenait ambigu... Il n'y a pas eu non plus de slogan «Je suis une femme-flic ! » en hommage à celle tuée à Montrouge, le même jour que la rédaction de Charlie et les clients de l' Hyperkasher : on n'a pas l'habitude de s'identifier à des flics, même tirés au hasard comme des lapins.

Aujourd'hui, le « Je suis Belge ! » a un côté comique, bien vu par les dessinateurs de Marianne.

Quand on veut manifester sa solidarité avec quelqu'un, c'est bien parce que l'on est différent et que l'on n'est pas exposé aux mêmes risques que lui : il y a quelque chose de gênant à faire semblant de l'être, puis à lui dire « Bon: maintenant, je rentre chez moi, où je ne risque rien ; j'espère qu'il ne t'arrivera rien, sinon compte sur moi pour venir manifester à nouveau ».

Blog de Elie Arié, cardiologue, ancien enseignant d'économie de la santé au CNAM

Pourquoi l'auteur de ce blog est-il agacé par le slogan "je suis Belge"?

- a) Parce que les Français n'ont pas toujours eu de bons rapports avec les Belges
- b) Parce qu'on ne peut être solidaires que si l'on est différents
- c) Parce que c'est un slogan vide de sens
- d) Parce qu'il pense que c'est un slogan hypocrite

Quesito 7 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Ce type de slogan (« Je suis...») pour manifester sa solidarité avec quelqu'un me dérange un peu.

Cela a commencé, je crois, par le « Ich bin ein Berliner » (« Je suis un Berlinois ») de Kennedy, en 1963, prononcé devant le mur de Berlin; mais ensuite, il est rentré chez lui (pour s'y faire assassiner, mais c'est une autre histoire...), laissant les Berlinois dans leur situation difficile et à la merci d'un nouveau blocus, situation qui n'était plus la sienne.

Puis l'éditorial de Colombani dans le Monde, au lendemain des attentats des Twin Towers « Nous sommes tous Américains »- mais à l'époque, la France n'était l'objet d'aucun attentat...et mieux valait tout de même être Français qu' Américain. Puis le « Je suis Charlie », alors que la majorité des gens n'étaient pas membres du comité de rédaction d'une publication menacée et ne risquaient rien eux-mêmes.

Et puis, jusqu'où peut aller la capacité d'identification par solidarité ?

Il n'y a jamais eu, en France, de manifestation sur le thème « Nous sommes tous des Tutsis ! » (le premier génocide depuis la fin de la deuxième guerre mondiale, tout de même...), à noter qu'après les assassinats de Mérah, il n'y eut pas de « Je suis élève d'une école orthodoxe juive ! »,: là, l'identification devenait trop difficile avec des enfants en kippas et papillotes ...Ni, en janvier 2015, des « Je mange kasher ! », en solidarité avec les clients de l' Hyperkasher, d'autant que les alimentations kasher et hallal sont presque pareilles, et que ça devenait ambigu... Il n'y a pas eu non plus de slogan «Je suis une femme-flic ! » en hommage à celle tuée à Montrouge, le même jour que la rédaction de Charlie et les clients de l' Hyperkasher : on n'a pas l'habitude de s'identifier à des flics, même tirés au hasard comme des lapins.

Aujourd'hui, le « Je suis Belge ! » a un côté comique, bien vu par les dessinateurs de Marianne.

Quand on veut manifester sa solidarité avec quelqu'un, c'est bien parce que l'on est différent et que l'on n'est pas exposé aux mêmes risques que lui : il y a quelque chose de gênant à faire semblant de l'être, puis à lui dire «

Bon: maintenant, je rentre chez moi, où je ne risque rien ; j'espère qu'il ne t'arrivera rien, sinon compte sur moi pour venir manifester à nouveau ».

Blog de Elie Arié, cardiologue, ancien enseignant d'économie de la santé au CNAM

Quel slogan a-t-on vu ou entendu après certains événements dramatiques?

- a) Nous sommes tous Américains!
- b) Nous sommes tous des Tutsis!
- c) Je mange kasher!
- d) Je suis une femme-flic!

Quesito 7 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Ce type de slogan (« Je suis... ») pour manifester sa solidarité avec quelqu'un me dérange un peu. Cela a commencé, je crois, par le « Ich bin ein Berliner » (« Je suis un Berlinois ») de Kennedy, en 1963, prononcé devant le mur de Berlin; mais ensuite, il est rentré chez lui (pour s'y faire assassiner, mais c'est une autre histoire...), laissant les Berlinois dans leur situation difficile et à la merci d'un nouveau blocus, situation qui n'était plus la sienne.

Puis l'éditorial de Colombani dans le Monde, au lendemain des attentats des Twin Towers « Nous sommes tous Américains »- mais à l'époque, la France n'était l'objet d'aucun attentat...et mieux valait tout de même être Français qu' Américain. Puis le « Je suis Charlie », alors que la majorité des gens n'étaient pas membres du comité de rédaction d'une publication menacée et ne risquaient rien eux-mêmes.

Et puis, jusqu'où peut aller la capacité d'identification par solidarité ?

Il n'y a jamais eu, en France, de manifestation sur le thème « Nous sommes tous des Tutsis ! » (le premier génocide depuis la fin de la deuxième guerre mondiale, tout de même...), à noter qu'après les assassinats de Mérah, il n'y eut pas de « Je suis élève d'une école orthodoxe juive ! », : là, l'identification devenait trop difficile avec des enfants en kippas et papillotes ...Ni, en janvier 2015, des « Je mange kasher ! », en solidarité avec les clients de l' Hyperkasher, d'autant que les alimentations kasher et hallal sont presque pareilles, et que ça devenait ambigu... Il n'y a pas eu non plus de slogan «Je suis une femme-flic ! » en hommage à celle tuée à Montrouge, le même jour que la rédaction de Charlie et les clients de l' Hyperkasher : on n'a pas l'habitude de s'identifier à des flics, même tirés au hasard comme des lapins.

Aujourd'hui, le « Je suis Belge! » a un côté comique, bien vu par les dessinateurs de Marianne.

Quand on veut manifester sa solidarité avec quelqu'un, c'est bien parce que l'on est différent et que l'on n'est pas exposé aux mêmes risques que lui : il y a quelque chose de gênant à faire semblant de l'être, puis à lui dire « Bon: maintenant, je rentre chez moi, où je ne risque rien ; j'espère qu'il ne t'arrivera rien, sinon compte sur moi pour venir manifester à nouveau ».

Blog de Elie Arié, cardiologue, ancien enseignant d'économie de la santé au CNAM

Selon l'auteur de ce blog il y a des catégories de personnes avec lesquelles on ne peut pas s'identifier:

- a) Vrai
- b) On ne sait pas
- c) Faux
- d) Ce n'est pas le sujet du texte

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Le terme de « citoyen » est revenu à la mode depuis quelques années. Principe de la légitimité politique, la

citoyenneté est en effet source du lien social dans nos démocraties modernes. Or celles-ci ne semblent-elles pas fragilisées à l'époque de l'ouverture des cadres nationaux et de la prééminence de la vie économique ? Au départ, au temps de la Révolution française, la citoyenneté a un sens juridique. Le citoyen est un sujet de droit. Il dispose de droits civils et politiques. Il jouit des libertés individuelles : la liberté de conscience et d'expression, la liberté d'aller et venir, de se marier, d'être présumé innocent au procès, d'avoir un avocat pour se défendre, d'être traité par la justice selon une loi égale pour tous. Il dispose des droits de participer à la vie politique et être candidat à toutes les fonctions publiques. Mais il a aussi l'obligation de respecter les lois, de participer aux dépenses collectives en fonction de ses ressources et de défendre la société dont il est membre, si elle se trouve menacée. En proclamant la souveraineté du citoyen, la Révolution française posait un principe de dépassement des particularismes. Constitués en « nation », les citoyens agissaient dans l'espace public en principe sur un pied d'égalité, quelles que fussent leurs origines historiques et sociales, leurs croyances ou pratiques religieuses. Ils pouvaient rompre avec leur appartenance à un groupe et se libérer des prescriptions qui les enfermaient dans une culture et un destin imposés par la naissance. La séparation du public et du privé devenait ainsi un principe fondateur de l'ordre social : au privé la liberté des individus dans toute leur diversité, au public l'affirmation de l'égalité des droits des citoyens. Ce qui fondait alors la citoyenneté, c'était précisément l'opposition entre le particularisme de l'homme privé et l'universalisme du citoyen.

Adapté de: <http://www.universalis.fr/encyclopedie/citoyennete/>

Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Selon l'auteur, les droits du citoyen sont avant tout d'ordre :

- a) juridique
- b) économique
- c) professionnel
- d) administratif

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Le terme de « citoyen » est revenu à la mode depuis quelques années. Principe de la légitimité politique, la citoyenneté est en effet source du lien social dans nos démocraties modernes. Or celles-ci ne semblent-elles pas fragilisées à l'époque de l'ouverture des cadres nationaux et de la prééminence de la vie économique ? Au départ, au temps de la Révolution française, la citoyenneté a un sens juridique. Le citoyen est un sujet de droit. Il dispose de droits civils et politiques. Il jouit des libertés individuelles : la liberté de conscience et d'expression, la liberté d'aller et venir, de se marier, d'être présumé innocent au procès, d'avoir un avocat pour se défendre, d'être traité par la justice selon une loi égale pour tous. Il dispose des droits de participer à la vie politique et être candidat à toutes les fonctions publiques. Mais il a aussi l'obligation de respecter les lois, de participer aux dépenses collectives en fonction de ses ressources et de défendre la société dont il est membre, si elle se trouve menacée. En proclamant la souveraineté du citoyen, la Révolution française posait un principe de dépassement des particularismes. Constitués en « nation », les citoyens agissaient dans l'espace public en principe sur un pied d'égalité, quelles que fussent leurs origines historiques et sociales, leurs croyances ou pratiques religieuses. Ils pouvaient rompre avec leur appartenance à un groupe et se libérer des prescriptions qui les enfermaient dans une culture et un destin imposés par la naissance. La séparation du public et du privé devenait ainsi un principe fondateur de l'ordre social : au privé la liberté des individus dans toute leur diversité, au public l'affirmation de l'égalité des droits des citoyens. Ce qui fondait alors la citoyenneté, c'était précisément l'opposition entre le particularisme de l'homme privé et l'universalisme du citoyen.

Adapté de: <http://www.universalis.fr/encyclopedie/citoyennete/>

Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Selon l'auteur, l'actualité du terme « citoyen » est liée :

- a) à des besoins économiques

- b) au regard nostalgique que l'on pose sur la révolution française
- c) à la volonté de défendre l'idée de la nation
- d) à la nécessité de renforcer le lien social dans des démocraties fragilisées

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Le terme de « citoyen » est revenu à la mode depuis quelques années. Principe de la légitimité politique, la citoyenneté est en effet source du lien social dans nos démocraties modernes. Or celles-ci ne semblent-elles pas fragilisées à l'époque de l'ouverture des cadres nationaux et de la prééminence de la vie économique ? Au départ, au temps de la Révolution française, la citoyenneté a un sens juridique. Le citoyen est un sujet de droit. Il dispose de droits civils et politiques. Il jouit des libertés individuelles : la liberté de conscience et d'expression, la liberté d'aller et venir, de se marier, d'être présumé innocent au procès, d'avoir un avocat pour se défendre, d'être traité par la justice selon une loi égale pour tous. Il dispose des droits de participer à la vie politique et être candidat à toutes les fonctions publiques. Mais il a aussi l'obligation de respecter les lois, de participer aux dépenses collectives en fonction de ses ressources et de défendre la société dont il est membre, si elle se trouve menacée. En proclamant la souveraineté du citoyen, la Révolution française posait un principe de dépassement des particularismes. Constitués en « nation », les citoyens agissaient dans l'espace public en principe sur un pied d'égalité, quelles que fussent leurs origines historiques et sociales, leurs croyances ou pratiques religieuses. Ils pouvaient rompre avec leur appartenance à un groupe et se libérer des prescriptions qui les enfermaient dans une culture et un destin imposés par la naissance. La séparation du public et du privé devenait ainsi un principe fondateur de l'ordre social : au privé la liberté des individus dans toute leur diversité, au public l'affirmation de l'égalité des droits des citoyens. Ce qui fondait alors la citoyenneté, c'était précisément l'opposition entre le particularisme de l'homme privé et l'universalisme du citoyen.

Adapté de: <http://www.universalis.fr/encyclopedie/citoyennete/>

Les devoirs du citoyen concernent en priorité :

- a) la protection physique de l'individu
- b) la sauvegarde de la propriété privée de l'individu
- c) le droit à l'éducation de l'individu
- d) la liberté et l'égalité de l'individu

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Le terme de « citoyen » est revenu à la mode depuis quelques années. Principe de la légitimité politique, la citoyenneté est en effet source du lien social dans nos démocraties modernes. Or celles-ci ne semblent-elles pas fragilisées à l'époque de l'ouverture des cadres nationaux et de la prééminence de la vie économique ? Au départ, au temps de la Révolution française, la citoyenneté a un sens juridique. Le citoyen est un sujet de droit. Il dispose de droits civils et politiques. Il jouit des libertés individuelles : la liberté de conscience et d'expression, la liberté d'aller et venir, de se marier, d'être présumé innocent au procès, d'avoir un avocat pour se défendre, d'être traité par la justice selon une loi égale pour tous. Il dispose des droits de participer à la vie politique et être candidat à toutes les fonctions publiques. Mais il a aussi l'obligation de respecter les lois, de participer aux dépenses collectives en fonction de ses ressources et de défendre la société dont il est membre, si elle se trouve menacée. En proclamant la souveraineté du citoyen, la Révolution française posait un principe de dépassement des particularismes. Constitués en « nation », les citoyens agissaient dans l'espace public en principe sur un pied d'égalité, quelles que fussent leurs origines historiques et sociales, leurs croyances ou pratiques religieuses. Ils pouvaient rompre avec leur appartenance à un groupe et se libérer des prescriptions qui les enfermaient dans une culture et un destin imposés par la naissance. La séparation du public et du privé devenait ainsi un principe fondateur de l'ordre social : au privé la liberté des individus dans toute leur diversité, au public l'affirmation de l'égalité des droits des citoyens. Ce qui fondait alors la citoyenneté, c'était précisément l'opposition entre le

particularisme de l'homme privé et l'universalisme du citoyen.
Adapté de: <http://www.universalis.fr/encyclopedie/citoyennete/>

Selon l'auteur la notion de citoyenneté est historiquement fondée sur :

- a) l'engagement public au détriment de la propriété privée
- b) le dépassement des droits individuels
- c) la séparation entre le privé et le public
- d) la négation du particulier

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse :

Le terme de « citoyen » est revenu à la mode depuis quelques années. Principe de la légitimité politique, la citoyenneté est en effet source du lien social dans nos démocraties modernes. Or celles-ci ne semblent-elles pas fragilisées à l'époque de l'ouverture des cadres nationaux et de la prééminence de la vie économique ? Au départ, au temps de la Révolution française, la citoyenneté a un sens juridique. Le citoyen est un sujet de droit. Il dispose de droits civils et politiques. Il jouit des libertés individuelles : la liberté de conscience et d'expression, la liberté d'aller et venir, de se marier, d'être présumé innocent au procès, d'avoir un avocat pour se défendre, d'être traité par la justice selon une loi égale pour tous. Il dispose des droits de participer à la vie politique et être candidat à toutes les fonctions publiques. Mais il a aussi l'obligation de respecter les lois, de participer aux dépenses collectives en fonction de ses ressources et de défendre la société dont il est membre, si elle se trouve menacée. En proclamant la souveraineté du citoyen, la Révolution française posait un principe de dépassement des particularismes. Constitués en « nation », les citoyens agissaient dans l'espace public en principe sur un pied d'égalité, quelles que fussent leurs origines historiques et sociales, leurs croyances ou pratiques religieuses. Ils pouvaient rompre avec leur appartenance à un groupe et se libérer des prescriptions qui les enfermaient dans une culture et un destin imposés par la naissance. La séparation du public et du privé devenait ainsi un principe fondateur de l'ordre social : au privé la liberté des individus dans toute leur diversité, au public l'affirmation de l'égalité des droits des citoyens. Ce qui fondait alors la citoyenneté, c'était précisément l'opposition entre le particularisme de l'homme privé et l'universalisme du citoyen.

Adapté de: <http://www.universalis.fr/encyclopedie/citoyennete/>

Le citoyen peut exercer des fonctions :

- a) qui rompent avec son groupe social
- b) qui interrompent ses devoirs dans le domaine public
- c) qui nient l'égalité des droits des citoyens
- d) qui peuvent nuire à d'autres citoyens